Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlerbrück, Rönsahl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bollwerk, Volme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Valbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld u. s. w.

Druck und Verlag: Wilh. Bell jr., Halver. Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver. Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 82 | — Erscheint wöchentlich 5 mal. — Bezugspreis: monatl. 3200.— Mk. ohne Bestellgeld. | Halver Freitag, den 27. April 1923 | Anzeigenpreis: für 1 mm Höhe und 88 mm Breite 60.— Mk., im Reklameteil 1 mm Höhe u. 90 mm Breite 150.— Mk., Offerten-Besorgung und Auskunft 100.— Mk. | 23. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Das neue deutsche Angebot, über welches die Reichsregierung ihre Beratungen fortsetzt, soll an die Gesamtheit der Alliierten, nicht an eine einzelne Macht gerichtet werden.

* Im Reichstage konnte die Versammlungsschutzvorlage wegen Obstruktion der Sozialdemokraten und Beschlußunfähigkeit des Hauses abermals nicht erledigt werden.

* Im bayerischen Landtag gab der Innenminister Dr. Schweyer eine Erklärung über die Selbstschutzverbände und die Nationalsozialisten ab.

* Im Münchener Stadtrat kam es zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten zu Prügeleien.

* Die Kommunistenunruhen in Katernberg haben sich wiederholt. Es kam abends zu schweren Zusammenstößen.

* Präsident Harding hat sich erneut für den Beitritt der Vereinigten Staaten zum internationalen Gerichtshof ausgesprochen.

Warnungssignal!

Zu der die Diskonterhöhung der Reichsbank begründenden Rede des Reichsbankpräsidenten Havenstein wird von einem Finanzsachverständigen geschrieben:

Der Präsident der Reichsbank, Havenstein, hat die Diskonterhöhung der Reichsbank vor allem unter den Gesichtspunkt verstanden wissen wollen, daß sie in die Reihe der Kampfmaßnahmen eingeordnet werden muß, die gegen den Einbruch der Franzosen getroffen worden sind. Dieser Einbruch hat naturgemäß ganz außerordentliche Kreditanforderungen an das Reich gestellt, da ja die Aufrechterhaltung der Industrie im besetzten Gebiet deutsche Lebensnotwendigkeit ist. Und die an der Ausfuhr verhinderte Industrie benötigt diesen Kredit, der in viele Milliarden geht, um bei dem Aufhören der Einnahmen die Lohngelder zur Verfügung zu haben. Die für diesen Kredit notwendigen Reichsschatzanweisungen mußten nun von der Reichsbank angenommen werden, und daher, um Überlastungen vorzubeugen, nach anderen Richtungen Krediteinschränkungen vorgenommen werden.

Präsident Havenstein wies bei der Begründung der Diskonterhöhung unseres Erachtens mit Recht darauf hin, daß durch die Erhöhung von 12 auf 18 % zunächst einmal flüssige Privatkapitalien sich der Anlage in unverzinslichen Reichsschatzanweisungen zuwenden werden und dadurch die Reichsbank entlasten. Ebenso richtig dürfte seine Ansicht sein, daß die Aktiengesellschaften nicht mehr die Reichsbank für lang- oder kurzfristige Anleihen benutzen — wozu der niedrige Diskontsatz geradezu reizte —, sondern daß diese Gesellschaften durch Erhöhung ihres Kapitals an den Kapitalmarkt herantreten sollen. Zweifellos wird diese Hoffnung des Reichsbankpräsidenten auch dann verwirklicht werden, wenn trotz seiner Mahnung die Banken die Diskonterhöhung der Reichsbank zur Veranlassung nehmen werden, auch ihrerseits die Kredite zu verteuern. Bereits in den nächsten Tagen soll eine Sitzung der „Berliner Stempelvereinigung", der alle größeren Banken angehören, sich mit der Frage dieser Kreditverteuerung durch die Banken beschäftigen.

Vor allem aber verlangte Präsident Havenstein, daß „Regierung und Wirtschaft und alle Schichten des Volkes geschlossen und entschlossen zusammenstehen, und nur das eine Ziel sehen, durch ihre Abwehrhaltung sich das Recht zu erkämpfen und zu wahren, wieder in Freiheit zu arbeiten und zu schaffen auf freiem Boden". Ein wesentliches Moment in dieser Abwehrhaltung ist die Stützungsaktion der Mark durch die Reichsbank, und „es ist selbstverständliche Pflicht jedes Deutschen, sich deshalb mit in Reih und Glied zu stellen". Dr. Havenstein beklagt es, daß vielfach privatwirtschaftliche Interessen den Blick von dieser Hauptaufgabe oder vielmehr der einzigen Aufgabe, die jeder Deutsche jetzt hat, abzulenken scheinen. So habe der Mißerfolg der Goldschatzanweisungs-Anleihe die politische Wirkung gehabt, daß unsere Gegner die Widerstandskraft und den Widerstandswillen der deutschen Wirtschaft glaubten schwächer einschätzen zu dürfen als sie sind.

Vor allem aber wies Dr. Havenstein auf die Notwendigkeit hin, sich bei der Devisenbeschaffung so sehr einzuschränken als irgend möglich ist. Rein spekulativer Kauf, also eine überflüssige Inanspruchnahme eines Teiles der doch immerhin knappen Devisendecke, ist schwerste Versündigung am Vaterland. Aber auch jene Kreise der Wirtschaft, die sich nicht nur den zwingenden Bedarf einer nahen Zukunft sichern wollen, sondern auf Vorrat kaufen oder sich für Devisen, die sie abgestoßen hatten, nun mit großen Beträgen eindecken, sollen bedenken, daß sie damit die Front erschüttern. Denn die Stützungsaktion der Mark ist ebenso eine politische wie eine allgemeine wirtschaftliche Notwendigkeit, bei der alle Sonderinteressen rückhaltlos zurückgestellt werden müssen, und die verlangen muß, daß nur der unmittelbar und für nahe Zukunft notwendige Devisenbedarf gedeckt werde.

Die Möglichkeit, sich mit Devisen für die Zukunft zu versorgen, und sich indirekt einzudecken, sei ja schon gegeben durch die Goldschatzanweisungsanleihe, die ja Goldwert hat, börsengängiges Papier ist und daher ohne Verlust wieder in Devisen umzutauschen ist.

Der Präsident betonte, daß die Reichsbank mit Hilfe der Reichsregierung jedem Vordrängen von Sonderinteressen in schärfster Form entgegentreten werde; die bereits angekündigte Änderung der Taktik bei der Stützungsaktion würde, wenn notwendig, vor entschiedenen Maßnahmen nicht zurückschrecken. Die Diskonterhöhung sei also ebenso wie jene Ankündigung als ein Warnungssignal an jene Kreise aufzufassen, die in politischer wie wirtschaftlicher Kurzsichtigkeit immer noch nicht erkennen, daß letzten Endes jene privatwirtschaftlichen Interessen doch auf Leben und Sterben verknüpft sind mit denen des kämpfenden Deutschlands, und daß infolgedessen jene Sonderinteressen hinter den allgemeinen zurückzutreten haben.

Die Kreditpolitik der Reichsbank hat ebenso wie die gesamte Wirtschaftspolitik der Regierung Cuno eine starke Stütze in dem großen Vertrauen, das die deutsche Wirtschaft gerade zu diesem Kabinett hat. Ist doch Dr. Cuno damals, als er das Steuer des Reichsschiffes in die Hand nahm, laut genug als der Vertrauensmann des deutschen Wirtschaftslebens bezeichnet worden. Gerade für die deutsche Wirtschaft wäre es daher von unabsehbarsten Folgen, wenn Teile von ihr der Politik Cunos, wenn auch nicht gerade entgegenarbeiten, so doch nicht unbedingteste Gefolgschaft leisten oder seine Politik praktisch unwirksam machen würden.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Stinnes und der Marksturz.

In der Frankfurter Zeitung war zuerst angedeutet worden, daß der neuerliche Marksturz durch Käufe einer besonders bedeutenden Industriezentrale außerhalb der Börsenstunden herbeigeführt worden sei. Der Vorwärts nannte daran anknüpfend den Namen Stinnes. Und der Berliner Korrespondent des „Newyork Herald" meldet, einer der höchsten Vertreter des Hauses Stinnes habe ihm erklärt, es sei richtig, daß Stinnes große Devisenkäufe vorgenommen habe. Dagegen seien alle Gerüchte, als ob diese Käufe nach Börsenschluß vollzogen seien, um die Mark zum Kurssturz zu treiben, unrichtig. Da sich an die Angelegenheit bereits eine große Preßauseinandersetzung geknüpft hat, wird die Firma Stinnes schwerlich umhin können, ihr bisheriges Schweigen zu brechen und der Öffentlichkeit Aufklärung zu geben.

Die Bekämpfung der Spekulation.

Als die voraussichtlich ersten Maßnahmen der Regierung gegen die Mißstände auf dem Devisenmarkt kommen vor allem in Betracht: Erweiterung der Anmeldepflicht für Devisen, weitausgedehnte Bestandaufnahme des Devisenbesitzes, Verschärfung des Verbots der Devisenbeleihung. Dieser Tage sind in den beteiligten Ressorts, vor allem im Reichswirtschafts- und Reichsfinanzministerium, Beratungen erfolgt, die eine Ausarbeitung der einzelnen Maßnahmen zum Gegenstand hatten. Man glaubt, daß noch im Laufe dieser Woche das Ergebnis in Form einer Verordnung der Reichsregierung bekanntgegeben wird.

Ein Zerrbild der Gerechtigkeit.

Den Regierungen in Paris, London und Brüssel ist eine neue Note überreicht worden über die von der Interalliierten Rheinlandkommission erlassene Verordnung, die die deutsche Justizhoheit völlig durchbricht. Zweck der Verordnung ist in erster Linie der Schutz aller jener Elemente, die sich gegenüber den französisch-belgischen Gewaltmaßnahmen gefügig erwiesen haben. Diese Verordnung steht in schroffem Widerspruch zu dem Artikel 3 des Rheinlandabkommens, der grundsätzlich bestimmt, daß die deutschen Gerichte in bürgerlichen und in Strafsachen die Gerichtsbarkeit ausüben. Die deutsche Note bezeichnet es schließlich als ein Zerrbild einer Justiz, wenn die Abgrenzung der Zuständigkeit verschiedener Gerichtsbarkeiten nicht nach festen, objektiven Merkmalen vorgenommen wird, sondern nach vagen Vermutungen über die inneren Motive des Urhebers der abzuurteilenden Tat.

Türkei.

× **Schneckentempo in Lausanne.** Die Meinung in Konferenzkreisen über die Aussichten der Konferenz ist sehr geteilt. Man sieht langwierigen und von seiten der Türken zähen Einzelverhandlungen entgegen und rechnet im allgemeinen mit einer Konferenzdauer von mindestens einem Monat oder sechs Wochen. Die Engländer haben ihre Methode durchgesetzt, daß man den ganzen alten Friedensvertragsentwurf Punkt für Punkt noch einmal durcharbeite. So wird es eine ganze Zeit dauern, bis man an die wirklich strittigen Punkte kommt. Die Mossulfrage bleibt auf ein Jahr vertagt, während dessen der Völkerbund sein Urteil gesprochen haben soll.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Der amerikanische Botschafter in Berlin, A. B. Houghton, der von einem kurzen Erholungsurlaub aus Baden-Baden zurückgekehrt ist, begibt sich am 2. Mai auf eine Reise nach Washington, wo er zum erstenmal seit seinem Amtsantritt in Berlin dem Präsidenten Harding und Staatssekretär Hughes über die Lage in Deutschland Bericht erstatten wird.

Berlin. Der Gesandte z. D. v. Mutius, bisher Leiter der Abteilung II (Westeuropa) des Auswärtigen Amtes, ist zum Gesandten in Kopenhagen ernannt worden.

Darmstadt. Im Prozeß des ehemaligen Großherzogs gegen den hessischen Staat wies das hiesige Landgericht durch Endurteil den Einspruch des hessischen Staates gegen die einstweilige Verfügung auf Zahlung von 30 Millionen Mark an den Großherzog ab.

Helsingfors. Eine finnländische Abordnung überreichte dem hiesigen deutschen Gesandten eine Sympathieadresse an das deutsche Volk, die die Unterschriften von über siebzigtausend finnischen Staatsbürgern trägt.

Deutscher Reichstag.

(341. Sitzung.) CB. Berlin, 24. April.

Es wurde zunächst die nachgesuchte Genehmigung zur Strafverfolgung mehrerer Abgeordneten versagt und dann der Gesetzentwurf gegen Versammlungssprengungen weiterberaten. Nach dem Ausschußantrage sollen solche Vergehen gegen unverbotene Versammlungen, Aufzüge oder Kundgebungen mit Gefängnis und Geldstrafen bis zu 1 Million Mark bestraft werden. Der Versuch ist strafbar.

Um den Entwurf entbrannte ein heißer Kampf. Die Sozialdemokratie lehnte ihn ab und ihr Redner, Abg. Vogel-Franken, führte aus, das hier beantragte Gesetz habe gar nichts mit dem Schutz der Republik zu tun, es diene vielmehr dem Schutz der faszistisch-rechtsbolschewistischen Bestrebungen. Der Willkür der Gerichte wäre durch ein solches Gesetz freier Spielraum gewährt. Diese Willkür würde sich, besonders in Bayern, ausschließlich gegen die Arbeiterschaft richten. Abg. Hennig (Deutschvölkisch) stimmte der Vorlage zu. Als er heftige Angriffe gegen den preußischen Minister Severing wegen des Verbots der Freiheitspartei richtete, entstand solcher Lärm, daß er am Weiterreden verhindert wurde.

Bayerischer Gesandter von Preger verteidigte Bayern gegen die lautgewordenen Vorwürfe und trat für das Gesetz ein. Abg. Remmele (Komm.) wurde zur Ordnung gerufen, weil er Herrn von Preger Heuchelei vorwarf. Abg. Levy (Soz.) wandte sich scharf gegen die bayerische Regierung und die bayerischen Gerichte. Reichsjustizminister Dr. Heinze sagte, die Reichsregierung werde diese Ergänzung des Strafrechts gleichmäßig gegen rechts und links anwenden. In Bayern sei nichts geschehen, was die Öffentlichkeit zu scheuen habe, nichts habe dort gegen die Gesetze verstoßen. Abg. Dr. Leicht (Bayer. Volksp.) verteidigte ebenfalls Bayern. Zu einer Entscheidung kam es nicht, diese wird auf morgen vertagt.

(343. Sitzung.) CB. Berlin, 25. April.

Auf der Tagesordnung stand an erster Stelle der Gesetzentwurf, der den Versammlungsschutz verstärken will. Der Entwurf hatte bekanntlich gestern heftige Meinungskämpfe hervorgerufen und schließlich die Feststellung gebracht, daß das Haus beschlußunfähig war, da die Sozialdemokraten den Saal verließen und die den Gesetzentwurf befürwortenden bürgerlichen Abgeordneten nicht in genügender Zahl vorhanden waren. Eine zweite Sitzung am gleichen Abend verlief ebenso resultatlos, da keine Einigung zwischen den Parteien herbeigeführt wurde.

Sozialdemokratische Erklärung zum Versammlungsgesetz.

Vor Beginn der Beratung erklärte Abg. Dittmann (Soz.): In dem Augenblick, wo die deutsche Arbeiterschaft im schweren Abwehrkampfe an der Ruhr steht, schickt sich die Mehrheit des Reichstages an, ein Gesetz gegen die Arbeiterschaft anzunehmen. (Stürmisches Gelächter rechts und Protestrufe: „Es dient nur der Versammlungsfreiheit!") Die Mehrheit will ein Gesetz annehmen, das als Ausnahmegesetz gegen die Arbeiter wirken muß. (Großer Lärm rechts.) Der ursprüngliche Antrag hat im Ausschuß eine Änderung erfahren, die diese Wirkung herbeiführen muß. Unwiderlegt ist unsere Feststellung geblieben, daß in Bayern der Versammlungsterror planmäßig organisiert wird, ohne daß die bayerische Justiz von den jetzt schon dagegen bestehenden Mitteln Gebrauch macht. Wir beantragen den Gesetzentwurf an den Ausschuß zurückzuweisen, und wir beantragen über diesen Antrag namentliche Abstimmung. (Beifall bei den Soz. Unruhe rechts.)

Abg. Schultz-Bromberg (Deutschnat.): Ich stelle fest, daß der vorliegende Entwurf diejenigen mit Strafen bedroht, die mit Gewalt oder mit Androhung von Gewalt Versammlungen verhindern oder sprengen wollen. Will jemand behaupten, daß solche Strafbestimmungen nur Arbeiter treffen würden? (Sehr gut, rechts. Unruhe bei den Soz.) Ich hätte nicht geglaubt, daß ein sozialdemokratischer Redner der Arbeiterschaft eine solche Kränkung zufügen würde.

Abg. Dr. Bell (Zentr.): Nicht nur als Mitglied meiner Fraktion, sondern besonders auch als Angehöriger des Ruhrgebietes muß ich allerschärfste Verwahrung gegen die Worte des Abg. Dittmann einlegen. Der Abwehrkampf im Ruhrgebiet wird durch den vorliegenden Entwurf nicht gestört, wohl aber durch solche Erklärungen im Reichstage, die uns unterstellen, daß wir ein Gesetz gegen die Arbeiter schaffen wollen. (Großer Lärm bei den Soz. Beifall rechts und im Zentrum.) Der systematischen Sabotierung eines Mehrheitsbeschlusses treten wir mit aller Entschiedenheit entgegen. (Beifall bei der Mehrheit.)

Abg. Leutheußer (D. Volksp.): Namens meiner Fraktion weise ich die schwere Beleidigung zurück, die in den Worten des Abg. Dittmann für die deutsche Arbeiterschaft liegt. (Beifall rechts, Lärm bei den Soz.)

Abg. Koch-Weser (Dem.): Meine Fraktion bedauert lebhaft, daß die Vorlage jetzt zu einem schweren innerpolitischen Konflikt zu führen droht. Gestern noch hat der Abg. Müller-Franken im Ältestenrat erklärt, die Sozialdemokraten werden der Verabschiedung dieses Gesetzes keine obstruktionsmäßigen Mittel entgegensetzen, sondern die Vorlage lediglich sachlich bekämpfen. Seitdem können sich die Verhältnisse höchstens innerhalb der Sozialdemokratie geändert haben. (Rufe: „Die U.-Soz. haben gesiegt!") Wir hätten gern diesen Konflikt vermieden, jetzt können wir uns unmöglich dem Druck einer Minderheit kampflos fügen.

Abg. Müller-Franken (Soz.): Wir haben den Versuch einer Verständigung gemacht, indem wir die Aufhebung der von der Kommission beschlossenen Verschlechterung anregten. Wir geben auch jetzt noch die Möglichkeit einer Verständigung durch die von uns beantragte Zurückweisung an den Ausschuß. Keine Partei hat bisher den Kampf gegen den Versammlungsterror energischer geführt als die Sozialdemokraten. (Gelächter rechts.)

Abg. Remmele (Komm.): Die bürgerlichen Parteien haben bei der Beratung dieser Vorlage bisher immer geschwiegen, weil sie ein schlechtes Gewissen haben. Wir schließen uns der Erklärung der Sozialdemokraten an.

Abg. Dr. Leicht (Bayer. Volksp.): Die Erklärung des Abg. Dittmann scheint mir keinen Weg zur Verständigung zu bieten. Ich weise namens meiner politischen Freunde und namens ganz Bayerns die Verdächtigung unseres Landes zurück. (Beifall bei der Mehrheit.)

Abg. Dr. Kahl (D. Volksp.) bemerkte zu der Erklärung des Abg. Müller-Franken, dieser habe allerdings gestern gemeinsam mit dem Abg. Dr. Radbruch eine Verständigung auf der Grundlage versucht, daß der ursprüngliche Antrag wieder hergestellt werde. Er habe aber gleichzeitig gesagt, daß seine Freunde auch in diesem Falle die Vorlage ablehnen würden.

Die Abgeordneten Andree (Zentrum) und Behrens (Deutschnat.) bestritten dann unter dem Lärm der Linken den Sozialdemokraten das Recht, im Namen der Ruhrarbeiter zu sprechen.

Bei der namentlichen Abstimmung über den Antrag Dittmann wurden für den Antrag 144, dagegen 200 Stimmen abgegeben.

Abg. Dittmann (Soz.): Die Abstimmung hat gezeigt, daß die bürgerliche Mehrheit, die über 269 Stimmen verfügt, nicht einmal die 230 Stimmen zusammenhalten konnte, die zur Beschlußfähigkeit des Hauses gehören. Wir haben keine Veranlassung, mit unserer Hilfe die Annahme einer Vorlage zu er-

möglichen, mit unserer Hilfe die Annahme einer Vorlage zu ertrage deshalb Absetzung des Gegenstandes von der Tagesordnung und bezweifle gleichzeitig die Beschlußfähigkeit des Hauses.

Unter dem Gelächter der Rechten verließen hierauf die meisten sozialdemokratischen und kommunistischen Abgeordneten den Saal.

Abg. Schultz-Bromberg (Deutschnat.) beantragt nunmehr namentliche Abstimmung über den Antrag Dittmann. Nach kurzer Geschäftsordnungsdebatte über die Frage, ob in solchem Falle namentliche Abstimmung zulässig wäre, zog Abg. Dittmann seinen ersten Antrag zurück und beantragte Schluß der Debatte.

Abg. Koch-Weser (Dem.) nahm darauf den ersten Antrag Dittmann wieder auf. Präsident Löbe stellte fest, daß der Schlußantrag die notwendige Unterstützung (von 30 sozialdemokratischen Abgeordneten) gefunden habe. Als die 30 unterstützenden Abgeordneten gleich darauf den Saal wieder verließen, erklärte Abg. Hergt (Deutschnat.), dieses Verfahren sei nach Herstellung der Beschlußfähigkeit unzulässig. Präsident Löbe erledigte diese Streitfrage dadurch, daß er den Schlußantrag als ungenügend unterstützt halten ließ und den vom Abg. Koch aufgenommenen Antrag zur Abstimmung bringen ließ. Abg. Koch aber zog seinen Antrag wieder zurück. Nun nahm sofort Abg. Müller-Franken diesen Antrag wieder auf, und als die namentliche Abstimmung über diesen Antrag begann, kehrten auf den Wink des Abg. Müller-Franken die Sozialdemokraten unter großem Hallo der bürgerlichen Mehrheit in den Saal zurück, um sich mit weißen Ja-Zetteln an der Abstimmung zu beteiligen. Während dieser Abstimmung kam es zu heftigen Rufen gegen den Schriftführer Abg. Dr. Philipp (Deutschnat.), dem die Sozialdemokraten vorwarfen, er habe ihre Zettel absichtlich nicht eingesammelt. Ein sozialdemokratischer Abgeordneter erhielt dabei wegen eines beleidigenden Zurufes einen Ordnungsruf. Die namentliche Abstimmung führte zur

Ablehnung des Vertagungsantrages mit 201 gegen 139 Stimmen.

In der Fortsetzung der sachlichen Aussprache begrüßte der Abg. Dr. Herzfeld (Komm.) die heutige scharfe Auseinandersetzung als den Beginn einer endgültigen Trennung der Sozialdemokraten von der bürgerlichen Koalition.

Reichsminister des Innern Dr. Oeser

erwiderte hierauf, es wäre sehr zu wünschen, daß der Reichstag nicht unter diesem Eindruck der Dinge auseinanderginge, die man soeben erlebt habe. Wenn es einen Weg gäbe, die Parteien zusammenzuführen, so würde die Regierung ihn gern beschreiten. Wir wollen die Freiheit der Versammlungen herstellen, die heute nicht besteht. (Rufe links: „In Bayern!") Eine Reihe von Landesregierungen, fuhr der Minister fort, habe erklärt, mit den vorhandenen Machtmitteln könne man den Versammlungsschutz nicht durchführen. Wenn der Reichstag uns die verstärkten Machtmittel jetzt verweigert, dann würde die Regierung selbst solche Mittel suchen müssen zur Sicherung der Versammlungsfreiheit. Wir werden dafür sorgen, daß die Bestimmungen der Vorlage mit absoluter Unparteilichkeit gegen rechts und links angewendet werden.

Nunmehr teilte Präsident Löbe mit, daß von den bürgerlichen Parteien für alle Abstimmungen die Form der namentlichen Abstimmung beantragt sei. Bei der ersten Abstimmung über einen sozialdemokratischen Antrag auf Milderung verließen die Sozialdemokraten und Kommunisten wieder den Saal und der Antrag wurde darauf mit 191 gegen 2 Stimmen abgelehnt. Auf Grund dieses Abstimmungsergebnisses stellte Präsident Löbe die Beschlußunfähigkeit des Hauses fest und beraumte eine neue Sitzung auf eine halbe Stunde später an, und zwar mit der Tagesordnung der vorangegangenen Sitzung, ausgenommen die bisher gescheiterte Versammlungsschutzvorlage.

Vertagung des Preußischen Landtages

(235. Sitzung.) tt. Berlin, 24. April.

Die Debatte über die Interpellationen gegen den Minister des Innern Severing wird fortgesetzt. Abg. Heilmann (Soz.) tritt gegen die deutschnationalen und kommunistischen Interpellanten auf. Abg. Kardorff (Deutsche Volksp.) erklärt, seine Fraktion werde gegen die Interpellationen stimmen. Abg. Kilian (Komm.) kritisiert den Minister. Abg. Wallraf (Deutschnat.) führt aus, es sei zu wünschen, daß der Minister zurücktrete. Minister Severing erklärte, sein Wirken würde von 90 % der Ruhrkämpfer gebilligt.

Schließlich wird das Gehalt des Ministers bewilligt, und der Landtag vertagt sich auf den 3. Mai. Die Abstimmung über den deutschnationalen Mißtrauensantrag gegen Severing soll erst nach der Pause erfolgen.

An wen geht das deutsche Angebot?

Eine Erläuterung aus London.

Die Besprechungen der Reichsregierung, insbesondere über die Form, in der die deutsche Antwort auf die Rede Lord Curzons erfolgen soll, dauern fort. Wenn in einer Reuter-Meldung gesagt wird, es errege in England Erstaunen, daß man in Deutschland anscheinend die Neigung gehabt habe, ein Angebot an England allein zur Weitergabe an Frankreich zu machen, so wird an Berliner amtlicher Stelle demgegenüber erneut festgestellt, daß niemals eine derartige Auffassung bestanden hat. Man war vielmehr stets der Ansicht, daß ein solcher Vorschlag nicht an eine einzelne Regierung, sondern nur an die Gesamtheit der Alliierten zu richten ist. Übrigens verwahren sich Londoner amtliche Kreise sorgsam dagegen, daß die Rede Curzons eine direkte Einladung zu Verhandlungen oder noch weniger eine Aufforderung zur Kapitulation bedeutet habe. Wenn aber die deutsche Regierung beabsichtige, ein Angebot an die Unterzeichner des Versailler Vertrages zu richten, so würde ein derartiger Schritt der deutschen Regierung als „durchaus fair" angesehen werden.

Die Franzosen sträuben sich.

In französischen diplomatischen Kreisen beeilt man sich, schon im voraus zu erklären, daß das erste deutsche Angebot keine genügend ernste Grundlage für Verhandlungen darstellen werde (!) und daß es wahrscheinlich von der französischen Regierung einfach abgelehnt werden würde, bis ein annehmbares Angebot von Deutschland gemacht sein werde. Die französische Regierung habe es mit der Einleitung von Verhandlungen nicht eilig, weil sie angeblich glaubt, daß ein starker Druck die allmähliche Lahmlegung der deutschen Industrie herbeiführen werde.

Die bayerischen Sturmtrupps.

Minister Schweyer im Landtag.

München, 25. April.

Der Bayerische Landtag beschäftigte sich mit dem sozialdemokratischen Antrag betreffend Auflösung aller Sturmabteilungen und Stoßtrupps und Sicherstellung der Versammlungsfreiheit. Der Haushaltsausschuß hatte unter Ablehnung des sozialistischen Antrags einen Antrag der Bayerischen Volkspartei angenommen, der die Regierung ersucht, von Fall zu Fall zu prüfen, und derartige Einrichtungen unnachsichtlich zu unterdrücken, falls ihre Ziele auf Gewalttätigkeit und Gefährdung der öffentlichen Ordnung gerichtet seien. In der Debatte nahm der Minister des Innern Dr. Schweyer Stellung zu den Anträgen auf Auflösung der Sturmtrupps.

Er legte die Stellung der Staatsregierung zu den Anträgen dar und berührte im Zusammenhang damit auch die Tätigkeit der vaterländischen Verbände. Diese Bewegung sei im ganzen eine gesunde, natürliche und begrüßenswerte Erscheinung. Das Streben der vaterländischen Verbände müsse aber von jeden Nebenabsichten frei sein, und es sei unverständlich, wenn nationale Kräfte eine national gerichtete Regierung bekämpfen. Den kämpfenden Brüdern am Rhein und Ruhr müßten die vaterländischen Verbände einen Rückhalt bieten. Über die nationalsozialistische Arbeiterpartei führte der Minister aus, daß viele Punkte im Programm dieser Partei unklar und anfechtbar seien und manche von ihnen für die bayerischen Belange geradezu bedenklich. Durch ihr gewalttätiges Auftreten in Versammlungen und auf der Straße, durch den Terror ihrer Mitglieder habe die nationalsozialistische Arbeiterpartei das größte öffentliche Ärgernis erregt. Auf der anderen Seite sei festzustellen, daß die Nationalsozialisten seit langer Zeit sich auf ihre eigenen Versammlungen beschränken, die aber geradezu planmäßig von linksradikaler Seite gestört und gesprengt werden. Der Minister sprach sich gegen den sozialdemokratischen Antrag aus und erklärte sich mit dem der Bayerischen Volkspartei einverstanden.

Nach weiterer Aussprache wurde schließlich der sozialdemokratische Antrag abgelehnt und der Ausschußantrag, der von der bayerischen Volkspartei stammt, angenommen.

*

Offener Widerstand?

Nach einer Meldung des Vorwärts aus München wird dort der Redakteur Dietrich Eckart, der die Ausführung des Haftbefehls durch bayerische Polizei erwartet, von einem großen Aufgebot völkischer Sturmtruppenangehöriger bewacht, die angeblich zu allem bereit sind.

Chronik der Gewalttaten.

— In Dorsten ist das gesamte Lokomotiv- und Zugpersonal eines Güterzuges — acht Eisenbahnbeamte — verhaftet worden. Die Ursache ist noch nicht aufgeklärt.

— In der Betriebswerkstätte Oberhausen gehen die Franzosen daran, das gesamte Werkzeug und Maschinenmaterial abzumontieren und fortzuschaffen. Auch von anderen Dienststellen werden wertvolle Materialien fortgeschafft.

— In Langendreer wurde ein Auto der Zigarettenfabrik Hans Bergmann mit Zigaretten im Werte von fünfundzwanzig Millionen Mark ohne Grund von den Franzosen „beschlagnahmt".

— Die Stadt Trier wurde von den Franzosen aufgefordert, 360 Möbeleinrichtungen für französische Eisenbahner zu liefern, widrigenfalls sämtliche Beigeordnete verhaftet würden. Es handelt sich hierbei um einen Betrag von 15 bis 18 Milliarden Mark.

— Die Besatzungsbehörde hat über Kaiserslautern eine sechstägige Verkehrssperre von 8 Uhr abends bis morgens 5 Uhr verhängt.

— Die von den Franzosen beschäftigten fremdländischen Arbeiter verlassen in großer Zahl ihre Arbeitsstätte. Die Haldenabfuhr der Franzosen wird dadurch bereits recht empfindlich gestört.

Neue Unruhen in Katernberg.

Ein planmäßiger Kommunistenputsch.

Am Mittwoch früh näherte sich dem Orte Katernberg von neuem eine Menge Gesindel aus der Richtung Essen. Die Sirenen der Fabriken alarmierten die Bewohner, so daß es gelang, die Bande zurückzutreiben. Bei dem Zusammenstoß wurde ein Ruhestörer von seinen Kameraden erschossen.

Der Putsch in Katernberg stellt sich als ein schwerer Landfriedensbruch einer wohlorganisierten Bande heraus, die sich aus Gesindel zusammensetzt, das jetzt der Schrecken des Ruhrbezirks zu werden beginnt. Diese Bande, die etwa achtzig bis hundert Mann stark war, ist zuerst in Steppenberg auf die Polizeiwache gekommen, wo sie schwere Verwüstungen anrichtete und nach Durchschneiden der Telephondrähte weiter nach Katernberg zog.

Lokales und Provinzielles.

Halver, 27. April 1923.

☐ Die Steuererklärungen! Vom Reichsfinanzministerium wird noch einmal darauf aufmerksam gemacht, daß die Abgabe der Steuererklärungen und die Nachzahlung der sich hieraus ergebenden Steuerbeträge unbedingt bis zum 30. April erfolgt sein muß. Mit den Banken ist ein Abkommen getroffen, daß diese Zahlungen von Steuerzahlern gutschreiben können, doch müssen sie die Gutschriften ebenfalls bis zum 30. d. M. den Finanzämtern anzeigen. In den besetzten Gebieten dürfen die Erklärungen einige Tage später abgegeben werden.

☐ Pakete nach dem besetzten Gebiet. Postamtlich wird mitgeteilt: Nach folgenden Orten sind Pakete jeder Art aus dem unbesetzten Deutschland wieder zugelassen: Blankenstein (Ruhr), Bommerholz, Bommer, Bredenscheid, Hammerthal (Kr. Hattingen), Hattingen (Ruhr), Herbede (Ruhr), Sprockhövel (Kr. Schwelm), Volmarstein, Welper (Kr. Hattingen), Wengern (Kr. Hagen).

☐ Die „Kältewelle". Wir haben in den letzten Tagen fast überall in Deutschland kalte Tage gehabt, und die Nachrichten aus dem Auslande besagen, daß es in anderen Ländern nicht besser gewesen ist. Der Mensch, der mit dem Wetter bekanntlich stets unzufrieden ist, nimmt daraus Veranlassung, seine Enttäuschung in bitteren Klagen auszuschütten, und Leute, die nie ein meteorologisches Buch in der Hand gehabt haben, reden höchst gelehrt von der „Kältewelle". Besonders zu Ostern hätte es nach dem allgemeinen Wunsch wärmer sein sollen. Wir vergessen dabei ganz, daß Ostern dies Jahr recht früh gefallen ist, und daß die „weißen Ostern" gar nicht zu den Seltenheiten gehören. Überhaupt sind wir an kalte Tage im April, ja im Mai in unserem Klima durchaus gewöhnt. Warum also diesmal die Enttäuschung? Wir verlangen zu viel, wenn wir meinen, daß es mit Gewalt Frühling werden muß. Lassen wir uns damit genügen, daß es langsam, aber sicher vorwärts geht. Die kleine Kältewelle, die wir gehabt haben und deren Folgen noch anhalten, schadet nicht viel. Im Gegenteil, es ist besser, wenn die Natur sich langsam entwickelt, als wenn warme Tage das zarte Laub zu noch flotterem Austreiben veranlassen würden; denn wenn später Kälterückfälle einträten, wäre die Widerstandsfähigkeit um so geringer.

—* **Der Dreimonatsabzug bei der Vermögenssteuererklärung.** Nach § 11 Ziffer 3 des Vermögenssteuergesetzes sind die Beträge an Geld-, Bank- und sonstigem Guthaben, die zur Bestreitung der laufenden Ausgaben nicht geschäftlicher oder berufliche

Herbes Schicksal.

Roman von **H. Courths-Mahler.**

Nachdruck verboten

66

„Ich merkte es aus vielen kleinen Zeichen. Er wurde immer so blaß, wenn sie spöttisch wurde und konnte doch seine Augen nicht von ihr lassen. Und wenn er an meiner Seite ritt, dann lauschte er immer nur auf Lanies Worte und gab mir oft ganz verkehrte Antworten auf meine Fragen. Ich habe aber stets getan, als merke ich nichts. Er tat mir so sehr leid, denn Lanie habe ich nie angemerkt, daß sie ihm gut war."

Rolf atmete tief auf und sah sie wieder so warm und herzlich an wie früher.

„Bei mir war es umgekehrt, mein gnädiges Fräulein. Ich wußte, daß Lanie ihre Liebe zu Hans nur hinter Spott und Trotz versteckte, glaubte aber, Hans hätte sein Herz an eine andere verloren — an Sie, mein gnädiges Fräulein."

Es lag dabei ein dringendes Forschen in seinem Blick, daß sie jäh errötete. Aber ein Lächeln spielte dabei um ihren Mund.

„O nein — dazu sind wir viel zu gute Freunde, Herr von Seltiz und ich."

Er faßte ihre Hand und preßte im aufwallenden Empfinden seine Lippen darauf.

„Ich bin so froh darüber," stieß er unbeherrscht hervor, und sich zusammennehmend, fuhr er ruhiger fort: „Ich meine, über diese Verlobung."

Sie erglühte noch dunkler und wandte sich erschrocken und hastig von ihm ab, um nun ihrerseits Hans und Lanie Glück zu wünschen.

„Liebste Sanna — von heute an sagen wir einander du, willst du?"

„Herzlich gern, liebe Lanie."

„Weißt du, daß ich schrecklich eifersüchtig auf dich war? Ich glaubte, Hans liebe dich. Und ich fürchte, ich bin deshalb manchmal garstig auch zu dir gewesen. Verzeihe mir."

„Du warst nie garstig zu mir, Lanie. Ich habe nie etwas gemerkt und freue mich herzlich, daß du nun dein Glück gefunden hast."

„Mögest du bald ein ebenso großes Glück finden, liebste Sanna."

Diese machte ein trauriges Gesicht. Ihre Augen blickten trübe.

„Solch ein Glück ist mir nicht beschieden. Alle Menschen können nicht glücklich sein."

Beklommen sah die Komtesse in Sannas traurige Augen. Aber dann schüttelte sie energisch den Kopf.

„So etwas mußt du nicht sagen, liebe Sanna. Vor kurzer Zeit glaubte ich das auch — und nun ist das alles anders geworden."

Rolf hatte inzwischen die Gläser füllen lassen und forderte die Anwesenden auf, mit ihm auf das Wohl des Brautpaares anzustoßen.

In froher Stimmung nahm man wieder die Plätze ein. Auch Sanna zwang die Traurigkeit nieder und zeigte sich heiter.

Nach Tisch zogen sich die beiden Mütter im Nebenzimmer in eine trauliche Ecke zurück und plauderten über das Glück ihrer Kinder. Das Brautpaar war mit sich selbst beschäftigt und hatte einander mancherlei zu sagen. Da setzte sich Rolf zu Sanna und plauderte mit ihr von dem am nächsten Tage stattfindenden Ballfest.

„Freuen Sie sich darauf, mein gnädiges Fräulein?" fragte er.

Sie nickte lächelnd.

„O ja, sehr! Ich tanze so gern, vielleicht, weil ich dies Vergnügen bisher nicht kennen gelernt habe."

„Und darf ich so unbescheiden sein, mir schon jetzt einige Tänze für morgen abend zu reservieren?"

Sie seufzte ein wenig und sah ihn unsicher an.

„Es werden so viele bessere Tänzerinnen zugegen sein, und ich bin noch so wenig sicher."

„Sie tanzen aber trotzdem wie eine Else, ich habe es doch schon ausprobiert," scherzte er. „Also darf ich?"

„Gewiß, Herr von Gerlach, so viel Sie wollen."

Mit einem heißen, unruhigen Blick sah er sie an.

„Dann würde ich wohl alle Tänze für mich belegen. So leichtsinnig dürfen Sie mir Ihre Erlaubnis nicht geben."

Sie dachte, daß ihr das sicher das liebste sein würde. Aber ihr Blick irrte vor dem seinen scheu zur Seite. Es fiel ihr auf, daß er heute so ganz anders wie sonst zu ihr war. Daß er wieder lieb und gut zu ihr sprach, wie in der ersten Zeit, tat ihrem Herzen wohl. Zugleich aber beunruhigte sie sein Blick. Beglückt bemerkte er ihre Verwirrung und plauderte nun im heiteren Tone weiter, um ihr zu Hilfe zu kommen.

Er erzählte ihr, daß Lanie über den Steilweg der Trollschlucht hatte reiten wollen.

„Um Gottes willen!" rief Sanna, erschrocken die Hände zusammenpressend. Mir ist so furchtbar bange gewesen, als ich Sie da hinabreiten sah. Eine Dame kann dies Wagnis doch unmöglich unternehmen."

„Lanie hätte es aber doch getan in ihrem Trotz, obwohl sie wußte, daß es auf Tod und Leben ging. Sie glaubte, das Leben sei wertlos für sie geworden. Nun wird sie es sicher nie mehr tun wollen — jetzt hat das Leben doppelten Wert für sie."

Sanna nickte versonnen.

„Ja, wer so glücklich ist, hat viel zu verlieren," sagte sie leise.

Mit heißen, brennenden Augen sah er sie an. Aber sie blickte an ihm vorüber ins Weite und merkte es nicht.

Sechsundzwanzigstes Kapitel.

Am nächsten Tage hatte Sanna regelrechtes Ballfieber. Sie lief unruhig und nervös durch das ganze Haus, tat zwecklos dies und das, besuchte die Frau Verwalterin in ihrer freundlichen sauberen Behausung, lief auf ihre Zimmer und betrachtete kritisch ihre von Berlin eingetroffene erste Balltoilette, an der ihre Jungfer noch eine Kleinigkeit zu ändern hatte, und sah hundertmal nach der Uhr.

Frau von Seltiz konnte das endlich nicht länger mit ansehen.

„Wenn Sie so weitermachen bis heute abend, liebe Sanna, dann sind Sie todmüde und elend, ehe der Ball anfängt," schalt sie gutmütig.

Sanna lachte und umfaßte sie mit beiden Armen.

„Liebe Mama Seltiz — es ist mein erster Ball, obwohl ich schon ein sehr altes Mädchen bin."

Die alte Dame sah sie mit kritischem Stirnrunzeln an.

„Ein altes Mädchen? Mit noch nicht zweiundzwanzig Jahren? Ei, lassen Sie mich doch die Runzeln und Falten sehen, die das würdige Alter verraten. Ich muß doch die Brille aufsetzen. Das wäre eine schöne Bescherung, wenn man mit zweiundzwanzig Jahren ein altes Mädchen wäre. Damit fängt doch das Leben erst an."

(Fortsetzung folgt.)

Warten Sie nicht noch länger

mit dem Einkauf Ihrer Federbetten!

Meine großen Vorräte und frühzeitigen Einkäufe gestatten es mir noch immer, zu den alten Preisen zu liefern. / Ich führe nur gute und bestbewährte Qualitäten.

Decken Sie daher Ihren Bedarf in

Das Füllen der Betten kostet nichts und geschieht nur im Beisein der Kundschaft.

Verkauf direkt an Private.

Bismarckstraße 24. Fernspr. 3694

Ernst Windmüller

Bettfedern-Großhandlung — Am Wilhelmsplatz.

Bismarckstraße 24. Fernspr. 3694

Hagen i. Westf.

Ata

Putz mit Ata Topf und Herd, Weil's den schönsten Glanz bescheert!

Henkel's Putz- und Scheuerpulver; für Haushalt, Gewerbe und Industrie **unentbehrlich.**

Alleinige Hersteller: HENKEL & CIE., DÜSSELDORF

Statt Karten!

Hermann Bremicker
Aenne Bremicker
geb. Wiebusch

Vermählte.

Dahlhausen — Neuen-Herweg

27. April 1923.

Für Wiederverkäufer
beste und billigste Einkaufsquelle

Hagen i. W., Obere Wasserstr. 1, am Unterberg

Achtung! Zigarren Billig!
Anerkannt preiswerte Qualitäten!
Sonder-Angebot in
Zigaretten erster Firmen
Ia. Nordhäuser-Kautabak
Eigenes Steuerlager. Lagerbesuch lohnt.

In das Handelsregister A Nr 470 ist heute bei der Firma **Walz- und Drahtwerk Halver Hulversborn & Kreinberg** zu **Halver** eingetragen worden: Die Firma ist geändert in **„Walz- und Drahtwerk Halver Gustav Kreinberg“.**

Lüdenscheid, den 7. April 1923

Das Amtsgericht.

In das Handelsregister A Nr 562 ist heute bei der offenen Handelsgesellschaft **Becker & Comp., Halver** eingetragen: Die frühere nach der Verfügung vom 15. Juli 1922 gelöschte Gesellschaft in Firma Becker & Comp. ist wieder in Liquidation getreten. Der **Fabrikant Wilhelm Becker in Halver** ist **zum Liquidator** bestellt.

Lüdenscheid, den 7. April 1923.

Das Amtsgericht.

Konsumverein für Halver und Umgegend e. G. m. b. H.

Bilanz pro 1922

umfassend die Zeit von dem 1. Januar bis 31. Dezember 1922.

Aktiva

Dez. 31.	1. Verfügbare Werte			
	An Kassenbestand		1010470	50
	2. Immobilien			
	An Gebäude-Konto	93344 50		
	Per Abschreibung	4000 —	89344	50
	3. An Inventar-Konto		1	—
	4. An Waren		4266993	40
	5. An Reichs-Telefon-Anleihen		3200	—
	6. An G. E. G. B.-teiligung		23000	—
			5393009	40

Passiva

Dez. 31.	1. Genossenschafts-Vermögen			
	Per Geschäftsanteile	416270 28		
	„ Reservefonds	381834 17		
	„ Dispositionsfonds	30301 26		
	„ Baufonds	31420 81	859826	52
	2. Aufgenommene Mittel			
	Per Sparmarken	166 11		
	„ Kautionen	2500 —		
	„ Hypotheken	100000	102266	11
	3. Geschäftsschulden			
	„ Lieferanten-Konto	483500 —		
	„ Rabatt-Konto	1445316 —		
	„ Bank-Konto	764070 —		
	„ Kont. nicht abgehobener Dividende	2267 30	2695648	30
	4. Noch zu zahlende Unkosten			
	Per Umsatzsteuer	360120 —		
	„ Div.-Unkosten	99525 30	459645	30
	Summa der Passiven		4117786	23
	Ueberschuß		1275223	17
			5393009	40

Mitgliederbewegung.

Mitgliederbestand am 1. Januar 1922		1083
Beigetreten bis zum 31. Dezember 1922		96
Mitgliederbestand am 31. Dezember 1922		1197
Mit Schluß des Geschäftsjahres schieden aus:		
a) durch Tod	3	
b) durch Aufkündigung	117	
Mitgliederbestand am 1. Januar 1923		120
		1059
Die Geschäftsguthaben der Mitglieder betrugen am 1. Januar 1922		84925,30
Dieselben vermehrten sich um		331344,48
Und betrugen am 31. Dezember 1922		416270,28
Die Haftsumme der Mitglieder betrug am 1. Januar 1922		117900.—
Dieselbe vermehrte sich um		1061100.—
Und betrug am 31. Dezember 1922		1179000.—

Halver, den 25. April 1923.

Der Vorstand:
Wilh. Fernholz — Emil Schorre.

Tüchtiges, älteres
Mädchen
für sofort gesucht.
Frau Werner Lüsebrink, Halver.

S. G. V.
Abt. Halver
Sonntag, den 29. cr.
Wanderung nach Schwenke
Treffpunkt 2 Uhr nachm. Leye

Alte Bleirohre
u. sonstige Altmetalle
kauft ständig
Friedr. Ernst Häusler, Kierspe-Bhf.
Telefon 143, Meinerzhagen

Reinr. deutscher
Schäferhund
zu verkaufen.
Wo, sagt die Geschäftsst. des Allgem. Anz., Halver.

Nachbarschaft Kreisch u. Umgegend.

Am **Sonntag, den 29.** d. Mts., nachmittags 5 Uhr im Vereinslokale
außerordentliche Generalversammlung.
Tagesordnung:
Statutenänderung.
Verschiedenes.
Der Vorstand.

Heute morgen erhielt ich eine Auswahl **Ia. oldenburger** hochtragende

Kühe
sowie

Ferkel
und
Läuferschweine.

Anfang nächster Woche erhalte ich wieder einen großen Transport **ostfriesische Milchschaf-Mutterlämmer** sowie tragende **Milchschafe.**

Carl Schmale, Halver.
Telefon 23.

Erhalten Samstag morgen wieder eine große Auswahl

oldenb. Schweine.

Berges & Borlinghaus, Kierspe-Bhf

Ich erhalte am Montag nachmittag, den 30. April eine große Sendung

Ia. oldenb. Schweine.

Wilh. Faßbender, Meinerzhagen.
Telefon Nr. 85.

Bestellungen in
Stück-Düngekalk
für Monat Mai nimmt entgegen
Otto Ohler,
Ohl-Rönsahl.